



BA-Geschäftsstelle West
Landsberger Straße 486
81241 München

München, den 19.11.2025

Antrag

Rechtzeitige und vollständige Informationen zu geplanten Baumaßnahmen im öffentlichen Straßenraum

Der Bezirksausschuss 25 Laim möge beschließen:

Das Mobilitätsreferat, das Baureferat sowie die Stadtwerke München inklusive MVG werden dringend gebeten, geplante Baumaßnahmen und damit verbundene erhebliche Einschränkungen im Verkehrsablauf mit einem Vorlauf von mindestens vier Wochen – in begründeten Ausnahmefällen mindestens drei Wochen – anzukündigen und den BA frühzeitig einzubeziehen.

Begründung:

Am Freitagnachmittag, den 16. November, erhielt der BA kurzfristig eine Mitteilung der MVG zur geplanten Umleitung der Buslinie 168 stadteinwärts. Die Umleitung soll vom 24. bis 30. November über die Rushaimerstraße erfolgen. Hintergrund ist offenbar die kurzfristig angesetzte Sanierung von Brandschäden an der Haltestelle in der Guido-Schneble-Straße.

Trotz sofortiger Nachfragen konnten über die MVG und die Referate keine detaillierten Informationen zur Maßnahme eingeholt werden; bis zum 19. November lag dem BA auch keine Verkehrsrechtliche Anordnung, VAO, vor.

Angesichts der beiden Großbaustellen (U5-Verlängerung und Tram-Westtangente) sind die Bürger*innen in Laim ohnehin stark von baustellenbedingten Änderungen bei Buslinien, Rad- und Gehwegen, Querungen und dem Entfall von Stellplätzen betroffen. Vor diesem Hintergrund ist es nicht nachvollziehbar, dass weitere Maßnahmen ohne frühzeitige Beteiligung des BA angesetzt werden.

Im konkreten Fall der Rushaimerstraße ist für die Durchfahrt der Busse eine absolute Halteverbotszone notwendig. Am 18. November – weniger als eine Woche vor Beginn – waren entsprechende Beschilderungen jedoch noch nicht vorhanden. Auch wenn dies rechtlich zulässig sein mag, führt die späte Aufstellung voraussichtlich zu erheblichen Problemen für Anwohner*innen (Abschleppungen) und möglicherweise auch für die MVG (Störung Linienbusverkehr)

In der ohnehin angespannten Verkehrssituation in Laim verstärken solche kurzfristigen Maßnahmen den Unmut in der Bevölkerung auf die Verwaltung und erschweren auch für die BA-Mitglieder eine sachgerechte Kommunikation.

Um dies künftig zu vermeiden, müssen derartige Maßnahmen dem BA rechtzeitig und vollständig angekündigt werden, damit eine Einschätzung eingeholt und gegebenenfalls Hinweise aus dem Stadtteil berücksichtigt werden können.

Martin Beier
Fraktion B90/Grüne

Carsten Kaufmann
SPD-Fraktion

Alexandra Gaßmann
CSU-Fraktion

Dr. Oliver Jennißen
FDP